

# **Kapitalgesellschaften und EuGH-Rechtsprechung**

Auswirkungen auf das Ertragsteuer-,  
Gesellschafts- und Handelsrecht

Von  
**PD Dr. Lutz Richter**

Erich Schmidt Verlag

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

**Weitere Informationen  
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter  
ESV.info/978 3 503 10323 2**

ISBN: 978 3 503 10323 2

ISSN: 1862-0922

Alle Rechte vorbehalten  
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2007  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen  
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch  
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht  
sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso  
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

# Geleitwort

Seit Beginn dieses Jahrzehnts rückt neben den regelmäßig verabschiedeten Steuerreformgesetzen, die sich meist auf rein nationale steuerpolitische Interessen beziehen, die vergleichsweise junge Rechtsprechung des EuGH über die direkten Steuern zunehmend in den Fokus der Fachöffentlichkeit. Nicht nur die zunehmende Anzahl an verabschiedeten Urteilen, sondern auch die zum Teil beträchtlichen (drohenden) fiskalischen Folgen für die betroffenen Nationalstaaten zeigen die Bedeutung dieser Judikatur. Herr *Privatdozent Dr. Lutz Richter* beschäftigt sich in seiner Habilitationsschrift gleich in mehrfacher Weise höchst innovativ mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu den deutschen Ertragsteuern im Kontext von Kapitalgesellschaften mit Spitzeneinheit in Deutschland. Die Innovationskraft der Ausführungen zeigt sich erstens dadurch, dass die Folgewirkungen ausgewählter EuGH-Rechtsprechungen auf dem Gebiet der direkten Steuern bisher im wissenschaftlichen Gebiet der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre nicht umfassend abgehandelt wurden; zweitens sind die drei von ihm als Basisurteile gewählten Rechtssprüche gegen andere EU-Mitgliedstaaten ergangen, so dass ein jeweiliger Transfer des ausländischen Steuersystems auf das deutsche System zu erfolgen hat; drittens sind zwei Urteile bezogen auf natürliche Personen, so dass der Verfasser einen Transfer auf die Kapitalgesellschaftsebene vornehmen muss; viertens schließlich sind die zeitlichen Bezüge der einzelnen Urteile zwischen „zukunftsorientiert“ und „vergangenheitsbasiert“ völlig unterschiedlich.

Nach einleitenden Bemerkungen im ersten Teil analysiert der Verfasser auf der Grundlage des EuGH-Urteils vom 18.9.2003 („Bosal“) die Beeinflussung der Gewinnermittlung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung im zweiten Teil. Im dritten Teil wird die Beeinflussung der Gewinnverwendung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung im Detail analysiert, wobei das EuGH-Urteil vom 7.9.2004 („Manninen“) die Grundlage der Ausführungen darstellt. Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Beeinflussung eines innereuropäischen Wegzugs von Kapitalgesellschaften aus Deutschland durch die EuGH-Rechtsprechung und nimmt als Hauptbezugspunkt das EuGH-Urteil vom 11.3.2004 („Lasteyrie du Saillant“). Der fünfte Teil rundet die Habilitationsschrift durch eine thesenförmige Formulierung der wichtigsten gewonnenen Ergebnisse sowie durch eine kritische Beurteilung der Rechtsprechung des EuGH sowie seines Verhältnisses zu den Mitgliedstaaten ab.

Herrn *Privatdozent Dr. Lutz Richter* ist zu bescheinigen, dass er sich in ein überaus komplexes betriebswirtschaftliches, juristisches und spezifisch steuerrechtliches Problem im Zentrum des Fachgebiets der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre eingearbeitet und hineingedacht hat. In einem an Komplexität und Schwierigkeit kaum zu überbietenden Themenkreis gelingt es ihm, anhand dreier verschiedener, gleichwohl aber inhaltlich in sich zusammenhängender Bereiche die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs einer betriebswirtschaftlichen und speziell unter steuerlichen Aspekten erfolgenden Analyse zu unterziehen, wobei die juristische Nachbardisziplin einen Bezugspunkt für viele Überlegungen bietet.

Die Habilitationsschrift ist von einem überaus hohen Innovationsgrad und von einer besonderen Aktualität geprägt. Zwar steht eine theoretische Analyse im Mittelpunkt der Überlegungen, dennoch gelingt es dem Verfasser stets, den Bezug zur Praxis herzustellen; dies zeigt sich an der Orientierung an Formularen zur Steuererklärung genauso wie an den konkreten Normenvorschlägen, die dem Steuergesetzgeber als Vorlage für anstehende Gesetzesänderungen dienen können.

Dem Verfasser gelingt es, Gebiete aufzuarbeiten, die so bisher zum großen Teil noch nicht im Ansatz gelöst sind. Seine betriebswirtschaftlichen Ausführungen aus Sicht der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre sind von Stringenz und Brillanz geprägt. Insofern ist eine in jeder Hinsicht lesenswerte und herausragende Habilitationsschrift gegeben.

Saarbrücken, im Mai 2007

*Univ.-Professor Dr. Heinz Kußmaul*

## Vorwort

Seit längerer Zeit beschäftigte ich mich gedanklich mit der Festlegung eines adäquaten Themas auf dem Gebiet der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, das sowohl einen hohen Aktualitätsgrad aufweist als auch bislang inhaltlich vergleichsweise wenig bearbeitet wurde. Letztendlich entschied ich mich dafür, gegenwärtig brisante Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aufzugreifen und intensiv im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit in deutsches Recht zu untersuchen. Die Wahl dieses Themenfelds erwies sich für mich im Nachhinein aus mehreren Gründen als sehr treffend. Bis dato entfaltet die Rechtsprechung des EuGH eine Dynamik und besitzt einen Stellenwert, welche im Steuerrecht derzeit ihresgleichen suchen. Simultan eröffnet sie dem Verfasser einer wissenschaftlichen Arbeit die Möglichkeit, nach eingehenden Untersuchungen eigenständige Gesetzesvorschläge hinsichtlich ihrer gebotenen Umsetzung in deutsches Recht zu unterbreiten bzw. bestehende Gesetzespassagen zu modifizieren. Letztlich haftet ihr auch eine gewisse politische Komponente an.

Die konkrete Umsetzung dieses Habilitationsvorhabens war nur mit Hilfe der jederzeit gewährten großzügigen Unterstützung meines verehrten akademischen Lehrers und Erstgutachters, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Heinz Kußmaul*, möglich. Ihm gilt mein besonderer und aufrichtiger Dank. Zugleich danke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bieg* sehr herzlich für die zügige Übernahme des Zweitgutachtens, so dass mein Habilitationsverfahren noch im Wintersemester 2006/2007 zu einem erfolgreichen Abschluss gelangte.

Für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen“ bin ich den Herren Univ.-Prof. Dr. *Karlheinz Küting*, Prof. Dr. *Claus-Peter Weber* und Univ.-Prof. Dr. *Heinz Kußmaul* zu großem Dank verpflichtet.

Meiner Familie sowie meinen Freunden und Kollegen, die mich in allen Phasen meiner Habilitation stets unterstützten und begleiteten, gebührt mein ganz besonderer Dank.

Saarbrücken, im Mai 2007

*Lutz Richter*

# Inhaltsübersicht

<b>Geleitwort.....</b>	<b>V</b>
<b>Vorwort .....</b>	<b>VII</b>
<b>Inhaltsübersicht .....</b>	<b>IX</b>
<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>XI</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>XXI</b>
<b>Anlagenverzeichnis.....</b>	<b>XXV</b>
<b>Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....</b>	<b>XXVII</b>
<b>1 Einleitende Bemerkungen .....</b>	<b>1</b>
1.1 Einführung in die Thematik .....	1
1.2 Gang und Rechtfertigung der Untersuchungen.....	5
1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....	9
<b>2 Die Beeinflussung der Gewinnermittlung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung.....</b>	<b>11</b>
2.1 Körperschaftsteuer .....	11
2.2 Implikationen der einschlägigen Rechtsprechung für andere Steuergesetze.....	93
2.3 (Potenzielle) Korrekturbedarfe von (nicht bestandskräftigen) Steuerbescheiden.....	110
<b>3 Die Beeinflussung der Gewinnverwendung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung.....</b>	<b>112</b>
3.1 EuGH-Urteil vom 7.9.2004 („Manninen“) .....	112
3.2 Das deutsche Vollanrechnungsverfahren auf dem europäischen Prüfstand.....	123
3.3 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuerrecht grenzüberschreitender Unternehmensverbindungen zwischen Kapitalgesellschaften .....	129

3.4 Materielle Auswirkungen auf die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals – eine modellgestützte Betrachtung .....	202
<b>4 Die Beeinflussung des innereuropäischen Wegzugs von Kapitalgesellschaften aus Deutschland durch die EuGH-Rechtsprechung .....</b>	<b>242</b>
4.1 Die einschlägige EuGH-Rechtsprechung.....	242
4.2 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuer- und Gesellschaftsrecht von Kapitalgesellschaften.....	254
<b>5 Schlussbemerkungen .....</b>	<b>389</b>
5.1 Thesenartige Zusammenfassung .....	389
5.2 Abschließende kritische Beurteilung der Rechtsprechung des EuGH sowie seines Verhältnisses zu den Mitgliedstaaten .....	393
<b>Anhang.....</b>	<b>401</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>423</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>505</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Geleitwort.....</b>	<b>V</b>
<b>Vorwort .....</b>	<b>VII</b>
<b>Inhaltsübersicht.....</b>	<b>IX</b>
<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>XI</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>XXI</b>
<b>Anlagenverzeichnis.....</b>	<b>XXV</b>
<b>Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....</b>	<b>XXVII</b>
<b>1 Einleitende Bemerkungen .....</b>	<b>1</b>
1.1 Einführung in die Thematik .....	1
1.2 Gang und Rechtfertigung der Untersuchungen.....	5
1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....	9
<b>2 Die Beeinflussung der Gewinnermittlung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung.....</b>	<b>11</b>
2.1 Körperschaftsteuer .....	11
2.1.1 Kritische Darstellung und Systematisierung der Basisnorm des § 3c Abs. 1 EStG im Kontext der nationalen Rechtsprechung und Gestaltungsvarianten bis zum Veranlagungszeitraum 2003 .....	12
2.1.2 Entwicklung und Bewertung der Rechtslage vom StEntlG 1999/2000/2002 zum Status quo.....	24
2.1.2.1 Beteiligungsaufwendungen an einer ausländischen Tochter (-kapital-)gesellschaft .....	24
2.1.2.2 Beteiligungsaufwendungen an einer inländischen Tochter(-kapital-)gesellschaft.....	31
2.1.2.3 Zusammenfassender Überblick .....	32
2.1.3 Europarechtliche Verletzungen von § 8b Abs. 5 KStG und § 3c Abs. 1 EStG .....	33
2.1.3.1 EuGH-Urteil vom 18.9.2003 („Bosal“) .....	33
2.1.3.1.1 Sachverhaltsdarstellung und Argumentationsführung der Beteiligten .....	33

2.1.3.1.2 Kritische Analyse der Entscheidungsgründe des EuGH und Reaktion des unmittelbar betroffenen Staates .....	35
2.1.3.2 Urteil des FG Hamburg vom 29.4.2004 und BFH-Urteil vom 13.6.2006.....	41
2.1.3.3 Urteil des Hessischen FG vom 10.12.2002, BFH-Beschluss vom 14.7.2004 und EuGH-Urteil vom 23.2.2006 („Keller- Holding“).....	42
2.1.4 Verfassungsrechtliche Verletzung der Pauschalbesteuerung dem Grunde nach? .....	45
2.1.5 Kritische Würdigung der Reaktion des deutschen Steuergesetz- gebers auf die EuGH-Rechtsprechung durch § 8b Abs. 5 KStG i. d. F. „Korb II-Gesetz“ .....	51
2.1.5.1 Darstellung äquivalenter Besteuerungsmechanismen in ande- ren EU-Staaten .....	53
2.1.5.2 Existenz eines „treaty override“? .....	55
2.1.5.3 Kritische Würdigung der Pauschalbesteuerung der Höhe nach .....	58
2.1.5.3.1 Detailanalyse des Wortlauts von Art. 4 Abs. 2 MT-RL .....	60
2.1.5.3.2 Entwicklung einer sachgerechten Bemessungsgrundla- ge im Pauschalierungsfall .....	68
2.1.6 Abschließende Bewertung ausgewählter Gesetzesvorschläge .....	75
2.1.6.1 Abschaffung der Pauschalierung von Beteiligungskosten und Überlegungen zu einem einheitlichen europäischen Auftei- lungsverfahren .....	76
2.1.6.2 Änderung der Bemessungsgrundlage im Pauschalierungsfall .....	84
2.1.6.3 Implementierung des „Französischen Modells“? .....	88
2.1.6.4 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	88
2.1.7 Verstoß von § 8b Abs. 5 KStG gegen die ZL-RL? .....	89
2.2 Implikationen der einschlägigen Rechtsprechung für andere Steuergesetze .....	93
2.2.1 Außensteuerrecht .....	93
2.2.1.1 Überlegungen zur Europarechtskonformität von § 3c Abs. 1 EStG im Hinblick auf die Hinzurechnungsbesteuerung .....	93
2.2.1.2 Bewertung der Urteile des FG Düsseldorf vom 9.11.2004 und des BFH vom 7.9.2005.....	99
2.2.2 Gewerbesteuer .....	101
2.2.2.1 Gewerbesteuerliche Kürzung fiktiver Betriebsausgaben? .....	101

2.2.2.2 Verstoß von §§ 8b Abs. 5 KStG und 8 Nr. 1 GewStG gegen die ZL-RL? .....	109
2.3 (Potenzielle) Korrekturbedarfe von (nicht bestandskräftigen) Steuerbescheiden .....	110
<b>3 Die Beeinflussung der Gewinnverwendung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung .....</b>	<b>112</b>
3.1 EuGH-Urteil vom 7.9.2004 („Manninen“) .....	112
3.1.1 Sachverhaltsdarstellung und Argumentationsführung der Beteiligten .....	112
3.1.2 Kritische Analyse der Entscheidungsgründe der Generalanwältin und des EuGH sowie Reaktion des unmittelbar betroffenen Staates .....	115
3.2 Das deutsche Vollanrechnungsverfahren auf dem europäischen Prüfstand.....	123
3.2.1 Europäisch relevante Entwicklungen auf nationaler Ebene .....	123
3.2.2 Beschluss des FG Köln vom 24.6.2004 und EuGH-Urteil vom 6.3.2007 („Meilicke“) .....	125
3.3 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuerrecht grenzüberschreitender Unternehmensverbindungen zwischen Kapitalgesellschaften .....	129
3.3.1 Identifikation und Systematisierung grundsätzlich relevanter Fallkonstellationen .....	129
3.3.1.1 Methoden zur Vermeidung/Milderung einer wirtschaftlichen Doppelbesteuerung mit Körperschaftsteuer .....	129
3.3.1.2 Europarechtswidrigkeit der beschränkten Anrechnung ausländischer Quellensteuer gem. § 26 Abs. 1 KStG? .....	137
3.3.1.2.1 Übertragbarkeit des EuGH-Urtells vom 7.9.2004 („Manninen“) auf die Anrechenbarkeit ausländischer Quellensteuern? .....	138
3.3.1.2.2 Weitere EuGH-Urteile mit indizieller Wirkung .....	140
3.3.1.2.3 Kritische Würdigung des Meinungsstands der nationalen Rechtsprechung .....	142
3.3.1.2.4 Varianten der Berücksichtigung von ausländischer Quellensteuer im innereuropäischen Kontext .....	144

3.3.1.2.5 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	148
3.3.2 Identifikation notwendiger Korrekturbereiche .....	150
3.3.2.1 Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer.....	150
3.3.2.1.1 Vorbemerkungen .....	150
3.3.2.1.2 Statische Betrachtungsweise.....	151
3.3.2.1.3 Dynamische Betrachtungsweise .....	157
3.3.2.1.4 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	161
3.3.2.1.5 Beurteilung der notwendigen Korrekturmaßnahmen un- ter Aspekten der Fiskalhoheit und der Alternative eines innereuropäischen Fiskalausgleichs.....	162
3.3.2.2 Anrechnung ausländischer Quellensteuer .....	168
3.3.3 Ermittlung der Korrekturhöhen der grenzüberschreitenden An- rechnungsbeträge .....	169
3.3.3.1 Fallgruppe 1: Keine Freistellung und keine (indirekte) An- rechnung.....	169
3.3.3.1.1 Unterschiedliche Steuerbemessungsgrundlagenbestand- teile im Quellenstaat bei Vollausschüttung .....	169
3.3.3.1.2 Finanzierung von Ausschüttungen durch Rücklagenauf- lösungen sowie Körperschaftsteuersatzänderungen im Quellenstaat .....	174
3.3.3.1.3 Allgemeine Ermittlung der Korrekturhöhe.....	177
3.3.3.2 Fallgruppe 2: Indirekte Anrechnung und besondere DBA-An- rechnung.....	179
3.3.3.3 Fallgruppe 3: „Avoir fiscal“ .....	183
3.3.4 Übertragung der Rechtsprechung auf das deutsche Steuerver- fahrensrecht.....	187
3.3.4.1 Grundsätzliche Vorbemerkungen.....	187
3.3.4.2 Möglichkeit der Änderung von Steuerbescheiden? .....	188
3.3.4.3 Möglichkeit der Änderung von Anrechnungsverfügungen? .....	194
3.3.4.4 Zeitraum der Rückwirkung .....	196
3.4 Materielle Auswirkungen auf die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals – eine modellgestützte Betrachtung .....	202
3.4.1 Die Notwendigkeit der Vornahme von Korrekturen bei der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals und ihre verfah- rensrechtliche Umsetzung.....	203
3.4.2 Modellannahmen .....	206

3.4.3 Exkurs: DBA-Freistellung und fiktive indirekte Anrechnung.....	207
3.4.4 Fallgruppe 1: Keine Freistellung und keine (indirekte) Anrechnung.....	208
3.4.4.1 EU-Staaten mit Quellenbesteuerung.....	208
3.4.4.2 EU-Staaten ohne Quellenbesteuerung .....	214
3.4.5 Fallgruppe 2: Indirekte Anrechnung und besondere DBA-Anrechnung.....	217
3.4.5.1 Indirekte Anrechnung .....	217
3.4.5.2 Besondere DBA-Anrechnung.....	222
3.4.6 Fallgruppe 3: „Avoir fiscal“ .....	223
3.4.7 Körperschaftsteueranrechnung bei der Verwendung von EK 01? .....	225
3.4.8 Tendenzielle Auswirkungen auf die Übergangsvorschriften zum Nulleinkünfteverfahren .....	230
3.4.8.1 Aufbereitung des gewonnenen Datenmaterials .....	230
3.4.8.2 Darstellung der Übergangsvorschriften des § 36 KStG im Einzelnen .....	232
3.4.8.3 Implikationen für die Finanzierungstöpfe nach dem neuen KSt-System .....	238
<b>4 Die Beeinflussung des innereuropäischen Wegzugs von Kapitalgesellschaften aus Deutschland durch die EuGH-Rechtsprechung .....</b>	<b>242</b>
4.1 Die einschlägige EuGH-Rechtsprechung.....	242
4.1.1 EuGH-Urteil vom 11.3.2004 („Lasteyrie du Saillant“) .....	242
4.1.1.1 Sachverhaltsdarstellung und Argumentationsführung der Beteiligten .....	242
4.1.1.2 Kritische Analyse der Entscheidungsgründe des EuGH sowie Reaktion des unmittelbar betroffenen Staates .....	244
4.1.2 EuGH-Urteil vom 21.11.2002 („X und Y“) .....	249
4.1.2.1 Sachverhaltsdarstellung und Entscheidungsgründe.....	249
4.1.2.2 Abgrenzung zum EuGH-Urteil vom 11.3.2004 („Lasteyrie du Saillant“) .....	251
4.1.3 EuGH-Urteil vom 27.9.1988 („Daily Mail“).....	252

4.2 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuer- und Gesellschaftsrecht von Kapitalgesellschaften.....	254
4.2.1 Europäisch relevante Entwicklungen auf nationaler Ebene .....	254
4.2.2 Identifikation potenziell betroffener Sachverhalte bei Kapitalgesellschaften .....	256
4.2.3 Fallgruppe 1: Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Ausland unter Beibehaltung des Satzungssitzes in Deutschland .....	259
4.2.3.1 Vorüberlegungen: Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung nach Deutschland unter Beibehaltung des Satzungssitzes im EU-Ausland .....	259
4.2.3.1.1 Vorgaben durch das deutsche internationale Gesellschaftsrecht und europäische Primärrecht .....	259
4.2.3.1.2 Implikationen für das nationale Steuerrecht .....	268
4.2.3.2 Übertragung der getroffenen Vorüberlegungen auf Fallgruppe 1 .....	271
4.2.3.2.1 Kritische Würdigung des EuGH-Urteils vom 27.9.1988 („Daily Mail“) unter Berücksichtigung aktueller EuGH-Rechtsprechungsgrundsätze.....	271
4.2.3.2.2 Zwischenergebnisse und ein (letzter) Versuch zur Rettung der Sitztheorie.....	277
4.2.3.3 Behandlung der Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Ausland nach derzeitigem nationalen Recht.....	280
4.2.3.3.1 Systematisierung und kritische Würdigung des Meinungsstands im Schrifttum und in der nationalen Rechtsprechung.....	280
4.2.3.3.2 Rechtsfolge der (vollständigen) Abwicklung bzw. Liquidation der wegziehenden Gesellschaft?.....	290
4.2.3.3.3 Handels- und steuerrechtliche Behandlung der Abwicklung bzw. Liquidation .....	296
4.2.3.3.3.1 Determinierung der Eckpunkte des Abwicklungs- bzw. Liquidationszeitraums und des (der) Besteuerungszeitraums (Besteuerungszeiträume).....	296

4.2.3.3.3.2 Darstellung und kritische Würdigung ausgewählter Problemfelder der handelsrechtlichen Rechnungslegung in der Phase der Abwicklung bzw. Liquidation .....	302
4.2.3.3.3.2.1 Bestandteile der Rechnungslegung und deren Funktionen .....	302
4.2.3.3.3.2.2 „Going concern“-Prinzip, Anschaffungswertprinzip sowie Besonderheiten der Bilanzierung, der Bewertung und des Ausweises auf der Aktivseite .....	304
4.2.3.3.3.2.3 Besonderheiten der Bilanzierung, der Bewertung und des Ausweises auf der Passivseite .....	310
4.2.3.3.3.2.4 Gewinnverwendung während der Abwicklung bzw. Liquidation .....	312
4.2.3.3.3.3 Ermittlung des zu versteuernden Abwicklungeinkommens .....	313
4.2.3.4 Zwischenüberlegung: Materielle Vergleichbarkeit zwischen § 11 KStG und Art. 167bis CGI?.....	317
4.2.3.5 Implikationen der EuGH-Rechtsprechung für die Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Ausland bei bereits aufgelösten Gesellschaften .....	321
4.2.3.5.1 Phase 1: Lösungsansätze zur Gesellschaftsfortführung zwischen Auflösung und Verteilung des Gesellschaftsvermögens .....	322
4.2.3.5.1.1 Gesellschafts- und handelsrechtliche Analyse .....	322
4.2.3.5.1.2 Steuerrechtliche Analyse.....	324
4.2.3.5.2 Phase 2: Lösungsansätze zur Gesellschaftsfortführung zwischen Verteilung des Gesellschaftsvermögens und Löschung im Handelsregister.....	333
4.2.3.5.2.1 Gesellschafts- und handelsrechtliche Analyse .....	333
4.2.3.5.2.1.1 Liquidationsschlussbilanz und Abkehr vom „going concern“-Prinzip als Ausgangspunkte .....	333
4.2.3.5.2.1.2 Erstellung einer Sonderbilanz als notwendige Fortführungsprämissen zur Verifizierung einer bilanziellen Unterdeckung .....	336
4.2.3.5.2.1.2.1 GmbH-Recht .....	336

4.2.3.5.2.1.2.2 Aktienrecht .....	343
4.2.3.5.2.2 Steuerrechtliche Analyse .....	346
4.2.3.6 Implikationen der EuGH-Rechtsprechung für die Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Aus- land bei noch nicht aufgelösten sowie bei fortgeführten Ge- sellschaften .....	353
4.2.3.6.1 Problembereiche der Doppelansässigkeit im Abkom- mensrecht .....	354
4.2.3.6.2 Lösungsansätze zur Aufteilung der Besteuerungsrechte zwischen Wegzugs- und Zuzugsstaat .....	360
4.2.3.6.2.1 Lösungsansatz nach dem SEStEG .....	360
4.2.3.6.2.2 Die österreichische Lösung durch das Abgaben- änderungsgesetz 2004 .....	362
4.2.3.6.2.3 Übertragbarkeit der Betriebstättenverwaltungs- grundsätze vom 24.12.1999 auf den Wegzug von Kapitalgesellschaften als sachgerechter Lö- sungsansatz? .....	363
4.2.3.6.2.3.1 Grundsätzliche Einordnung und denk- bare Fallkonstellationen .....	363
4.2.3.6.2.3.2 Charakteristika des sog. „Ausgleichs- postens“ .....	366
4.2.3.6.2.3.3 Überlegungen zur Feststellung von stillen Reserven zum Zeitpunkt des Wegzugs .....	368
4.2.3.6.2.3.4 Überlegungen zur Feststellung von stillen Lasten zum Zeitpunkt des Weg- zugs .....	371
4.2.3.6.2.3.5 Übertragung auf planmäßig abnutzba- re Wirtschaftsgüter .....	375
4.2.3.6.2.3.6 Zusammenfassung der Ergebnisse und Formulierung eines Gesetzesvorschlags .....	377
4.2.4 Fallgruppe 2: Verlegung des Verwaltungssitzes, der Geschäfts- leitung und des Satzungssitzes ins EU-Ausland .....	379
4.2.4.1 Gesellschafts- und steuerrechtliche Analyse .....	380
4.2.4.2 Entwicklungstendenzen innerhalb des sekundären Gemein- schaftsrechts und ihre steuerlichen Implikationen .....	383

<b>5 Schlussbemerkungen .....</b>	<b>389</b>
5.1 Thesenartige Zusammenfassung .....	389
5.2 Abschließende kritische Beurteilung der Rechtsprechung des EuGH sowie seines Verhältnisses zu den Mitgliedstaaten .....	393
<b>Anhang .....</b>	<b>401</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>423</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>505</b>